

LATEINAMERIKA IM SUPERWAHLJAHR 2018 – Zwischen Rechtsruck und Paradigmenwechsel

Eine Analyse des Lateinamerika-Experten Leo Gabriel

Es ist fast ein Vierteljahrhundert her, dass in der Mehrzahl der Länder auf dem lateinamerikanischen Kontinent innerhalb eines Jahres gewählt wurde. Damals, ein paar Jahre nach der so genannten „Wende“ in Europa, wurde der in die Amtszeit von George Bush Senior fallende Aufstieg der Rechten durch die Abwahl der Sandinisten eingeleitet. Heute, da sich in Mexiko, El Salvador, Costa Rica, Kolumbien, Venezuela, Brasilien und Paraguay linksliberale und rechtsextreme KandidatInnen auf Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen (meist sogar beides) vorbereiten, scheint die Lage ähnlich zu sein.

Bereits in den beiden Vorjahren haben in Argentinien mit Mauricio Macri, in Chile mit Sebastián Piñera, in Peru mit Pedro Pablo Kuczynski, in Guatemala mit Jimmy Morales und mit Juan Orlando Hernández in Honduras dem in der letzten Dekade erfolgten, kometenhaften Aufstieg der Phalanx linker Präsidenten wie Hugo Chavez (Venezuela), Daniel Ortega (Nicaragua), Salvador Sanchez Ceren (El Salvador), Rafael Correa (Ecuador), Evo Morales (Bolivien), Ricardo Lugo (Paraguay), Pepe Mujica (Uruguay) und Christina Kirchner (Argentinien) durchbrochen oder zumindest ein ultrakonservatives Gegengewicht entgegengesetzt. Ist damit das Ende der roten Fahnenstange erreicht, von der Fidel Castro einmal behauptet hatte, sie stelle die „zweite Unabhängigkeit“ (*la segunda independencia*) dar?

Mexiko: Hoffnung auf Wahlen ohne Betrug

Diese Frage ist so leicht nicht zu beantworten. Denn die beiden Giganten des lateinamerikanischen Kontinents, Mexiko und Brasilien, befinden sich gerade jetzt in einem Wahlkampf der kontroversieller nicht sein könnte. In Mexiko liegt bei den für den 6. Juni anberaumten Wahlen Andres Manuel López Obrador (AMLO), der Kandidat der linken MORENA-Partei, der bereits zum dritten Mal antritt, den Meinungsumfragen zufolge um mehr als 15 Prozentpunkte an der Spitze, gefolgt von Ricardo Anaya, der sowohl die rechtskonservative *Partido de Acción Nacional (PAN)* als auch die ehemals sozialdemokratisch orientierte *Partido de la Revolución Democrática (PRD)* repräsentiert. Weit abgeschlagen ist den Umfragen zufolge José Antonio Meade, der Kandidat der historischen *Partido Revolucionario Institucional (PRI)*, aus der der völlig diskreditierte gegenwärtige Präsident Enrique Peña Nieto hervorgegangen ist.

„Wenn alles mit rechten Dingen zuginge müsste AMLO gewinnen“, sagen die allermeisten MexikanerInnen. Doch das ist gerade das Problem in einem Land, dem nicht zu Unrecht die Weltmeisterschaft in der Kunst des Wahlbetrugs nachgesagt wird. So hat die Wahl von Juan Orlando Hernandez in Honduras im November vergangenen Jahres, bei der nach der Auszählung von über 50 Prozent der Stimmen plötzlich die Computer ausgefallen sind, Erinnerungen an das Jahr 1988 in Mexiko geweckt, bei der dem Kandidaten der Linken, Cuauhtemoc Cárdenas, der Sieg auf die gleiche Weise aberkannt wurde. Aber auch der Mord an dem linksliberalen Luis Donaldo Colosio im Jahr 1994, der bis heute noch nicht aufgeklärt ist, hat tiefe Spuren im Bewusstsein der mexikanischen WählerInnen hinterlassen.

Brasilien: Rechtsextremer Kandidat sorgt vor

Ein Konflikt ganz anderer Art zeichnet sich bei den im Oktober anberaumten Wahlen in Brasilien ab, wo es der politischen Rechten im Mai 2016 gelungen war, die amtierende Präsidentin Dilma Roussef in einem Staatsstreich ähnlichen Impeachment-

Verfahren abzusetzen und durch den der Korruption verdächtigen Michel Temer von der Regierungspartei Demokratische Bewegung Brasiliens (PMDB) zu ersetzen. Nachdem bekannt wurde, dass der Vorgänger Roussefs, der allseits beliebte Gewerkschaftler Luiz Inácio „Lula“ da Silva, mit ebenso hohen Werten wie Manuel Lopez Obrador in Mexiko an der Spitze der Meinungsumfragen steht, wurde er von einem Gericht in zweiter Instanz wegen eines unbewiesenen Hauskaufs, den ihm angeblich der Baulöwe Odebrecht zugeschanzt hätte, zu 12 Jahren Haft verurteilt.

Das ist einer der Gründe, warum der Wahlkampf zurzeit nahtlos in einen Straßenkampf überzugehen scheint. So hat der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro dafür gesorgt, dass der Gouverneur von Río de Janeiro nach einem sehr regierungskritischen pro-Lula Karneval über diese Weltstadt den Ausnahmezustand verhängt. Aber auch die ehemalige Umweltministerin Marina da Silva, die sich schon vor Jahren von Lula getrennt hatte, kann sich Chancen ausrechnen, das höchste Amt im Staat zu erlangen.

Kolumbien: Spannungen erwartet

Ähnliche Spannungen zeichnen sich auch in Kolumbien ab, wo Iván Duque, ein enger Vertrauter des Rechtspopulisten und Kriegshetzers, des ehemalige Langzeitpräsidenten Alvaro Uribe auf die linksliberale Koalition unter Führung von Gustavo Petro stößt, auf den Anfang März ein Anschlag verübt wurde.

Costa Rica: Stichwahl im April

Die Liste der konfrontativen Wahlkämpfe könnte beliebig fortgesetzt werden: etwa in Costa Rica, wo sich der bis vor kurzem unbekannte Fabricio Alvarado Muñoz in die erste Reihe katapultiert hat. Vier Jahre lang vertrat der evangelikale Prediger als einziger Abgeordneter die rechtsevangelikalen Splitterpartei Restauración Nacional (RN) im Parlament, wo er gegen Homosexuellenrechte, Abtreibung und vermeintliche „Genderideologie“ in den Bildungsplänen agitierte. Als Präsidentschaftskandidat gewann er am 4. Februar nun mit 24,9

Prozent der Stimmen den ersten Wahlgang und wird im April in der Stichwahl gegen den Kandidaten der sozialdemokratischen Regierungspartei PAC, Carlos Alvarado Quesada, der mit 21,6 Prozent den zweiten Platz belegte, antreten.

Paraguay: Mögliche Linkswende

Dass aber auch ein Comeback der Linksliberalen möglich ist, wenn sie aufhören, sich untereinander zu streiten, zeigen die Wahlprognosen in Paraguay, wo eine breite Allianz zwischen den Liberalen und zwei linken Gruppierungen, denen auch der ehemalige Präsident und Bischof Fernando Lugo angehört, wahrscheinlich die alteingesessene rechtsextreme Colorado-Partei besiegen wird, die Lugo vor einigen Jahren abgesetzt hatte.

El Salvador: Linke geschwächt

Dafür haben im zentralamerikanischen El Salvador die seit 2015 im Amt befindlichen ex-Guerrilleros von der *Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional (FMLN)* bei den letzten Parlamentswahlen gegenüber der rechtsradikalen ARENA-Partei am 4. März eine empfindliche Niederlage erlitten – nicht zuletzt deshalb, weil sie sich allzu sehr auf ihren Propagandaapparat verlassen haben und wenige Erfolge auf dem Gebiet der Wirtschaft (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Banden(un)wesens) nachweisen konnten.

Venezuela: Am Rande der Eskalation

Das gleiche Schicksal könnte auch den venezolanischen Staatspräsidenten Nicolas Maduro treffen, der im Unterschied zu seinem berühmten Vorgänger Hugo Chavez die seit zwei Jahren überhand nehmende Wirtschaftskrise nicht in den Griff bekommt; bloß, dass sich die rechtsradikale Opposition insoweit verschätzt haben dürfte, dass sie mit ihrem Wirtschaftsboykott und einer sich ausufernden Gewaltwelle gegen Maduro auch sich selbst ins eigene Fleisch geschnitten haben und gerade jetzt, wo es darum ginge, in Bezug auf die am 20. Mai stattfindenden Wahlen vor der notleidenden Bevölkerung ein Bild der Einheit zu zeigen, heillos zerstritten sind. Das wiederum befeuert die

Gerüchteküche, der zufolge es Donald Trump darauf abgesehen hätte, eine direkte militärische Intervention zu wagen, die jedoch angesichts der Unterstützung der venezolanischen Armee für den Nachfolger von Hugo Chavez wenig aussichtsreich wäre.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es je nach Land, durchaus unterschiedliche Szenarien gibt, welche noch keine Einschätzung, was das daraus resultierende Gesamtbild betrifft, zulassen. Der Teufel liegt im Detail – oder am Ende doch, wie schon so oft in der Geschichte Lateinamerikas, im Weißen Haus in Washington?

Für Interviews und weitere Infos:

Mexiko-Zentralamerika, Brasilien und Venezuela – Leo Gabriel: lgabriel@gmx.net

Kolumbien – Ralf Leonhard: ralf.leonhard@aon.at

Guatemala – Hermann Klosius: igla@aon.at

Paraguay – Georg Grünberg: grunberg@lai.at

Nachrichten und Analysen zu Lateinamerika finden Sie z.B. auch unter: <https://amerika21.de/>

Leo Gabriel ist Lateinamerika-Experte, freier Journalist beim ORF und befindet sich derzeit beim Sozialforum 2018 in Salvador de Bahia.

Interviewmöglichkeit mit kolumbianischen Aktivistinnen

Für eine Zukunft ohne Gewalt – Frauen als Friedensstifterinnen

Exklusivinterviews mit kolumbianischen Aktivistinnen für Frauenrechte und Frieden

am 21.2., 24.2., 26.2., 1.3. oder 2.3.2018 in Wien

Ana Maria Berrio Ramirez, Mitglied von „Vamos Mujer“, Beraterin von Frauen am Land

Melissa Villegas Franco, Mitglied von „Vamos Mujer“, Beraterin von Mädchen am Land

Sichern Sie sich einen Interviewtermin (inkl. beigelegter Übersetzerin) im Pressereferat der Katholischen Frauenbewegung Österreichs: elisabeth.ohnemus@kfb.at, Tel. 0699/81426947 und/oder treffen Sie die Projektpartnerinnen beim Benefizsuppenessen der Aktion Familienfasttag der kfbö:

Einladung zum Benefizsuppenessen der Aktion Familienfasttag der kfbö mit den Projektpartnerinnen von „Vamos Mujer“

am 20. Februar 2018, 17.00 Uhr, im österreichischen Parlament

(bitte um Anmeldung ebenfalls im Pressereferat)

Soziale Ungerechtigkeit, die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen, Umweltzerstörung, eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, ökonomische und politische Unterdrückung führen weltweit zu einer jährlich steigenden Zahl an Kriegen und bewaffneten Konflikten. Die Austragung dieser Kriege und Konflikte findet hauptsächlich auf dem Rücken der Zivilbevölkerung statt, insbesondere Frauen sind von den daraus resultierenden Folgen betroffen, sind Gewalt ausgesetzt oder müssen sich auf die Flucht begeben. In Konfliktlösungs-

und Friedensprozesse werden Frauen aber nur wenig involviert.

Die „Aktion Familienfasttag“ der Katholischen Frauenbewegung Österreichs beschäftigt sich daher in den Jahren 2017/2018 unter dem Titel „Friedensaktiv – Frauen für eine gerechte Welt“ schwerpunktmäßig mit den Lebensrealitäten von Frauen in bewaffneten Konflikten sowie ihrer Rolle in Friedensprozessen.

In den Mittelpunkt ihrer Bildungs- und Spendeninitiativen während der Aktionszeit im Februar und März 2018 stellt die Katholische Frauenbewegung eine Partnerorganisation in Kolumbien: „**Vamos Mujer**“. „Vamos Mujer“ setzt sich ein für ein Ende der Gewalt an Frauen und Mädchen, die sowohl infolge des jahrelangen Bürgerkriegs im Land als auch aufgrund des allgemeinen Machismo erschreckend hoch ist. Die Botschaft von „Vamos Mujer“: Staat wie Individuum und Gesellschaft müssen aktiv werden und einen Bewusstseinswandel vollziehen, zudem die Genderperspektive in den Friedensprozess einbeziehen, soll der Frieden, um den gerungen wird, nachhaltig wirksam sein – es braucht die Frauen als Friedensstifterinnen.

[Bildungsbehef2018](#), u.a. mit Bericht zu „Vamos Mujer“ auf S. 18 sowie allgemeinen Informationen zu Kolumbien und dem aktuellen Friedensprozess; kurze Selbstportraits der beiden Projektpartnerinnen Ana Maria Berrio Ramirez und Melissa Villegas Franco

Einen Videobeitrag zum Projekt „Vamos Mujer“ finden Sie unter https://www.youtube.com/channel/UCr3KlpTiJlHXXmloi_rt9c0

[Interviewmöglichkeit](#)

–

Bergbau zerstört Mensch und Umwelt in Bolivien

Der Projektpartner der Dreikönigsaktion, Marco Gandarillas aus Bolivien, ist zu Gast in Wien.

Am Freitag, den 20.10.2017 von 9.00-13.00 Uhr, steht er für Pressegespräche zur Verfügung.

Marco Gandarillas spricht spanisch, für Übersetzung ist gesorgt; Ort: Dreikönigsaktion, Wilhelminenstraße 91/2/f, 1160 Wien

Bitte um Terminvereinbarung.

Verschmutzung von Trink- und Grundwasser durch Bergbau-Unternehmen, Steuer- und Abgabenvermeidung durch illegale Gold-Exporte, Förderung von Bodenschätzen in Naturschutzgebieten, zweifelhafte Infrastrukturprojekte wie Straßenbauten durch indigene Territorien – Marco Gandarillas prangert als Direktor der Partnerorganisation der Dreikönigsaktion CEDIB, dem Zentrum für Dokumentation und Information Bolivien (www.cedib.org), immer wieder das verantwortungslose Verhalten transnationaler Konzerne sowie politische Entscheidungen, um deren Interessen zu bedienen, an.

Am kommenden Montag, 23.10. werden in Genf die Verhandlungen für ein verbindliches UN-Abkommen zur Verantwortung von Konzernen in Genf fortgesetzt. Der UN-Prozess zur spezifischen menschenrechtlichen Verantwortung von (transnationalen) Konzernen wurde 2014 von Ecuador und Südafrika im UN-Menschenrechtsrat initiiert. Durch eine Resolution wurde eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein rechtsverbindliches Abkommen erarbeiten soll, um Menschenrechtsvergehen zu verhindern und Betroffenen im Schadenfall Zugang zu Rechtsmitteln zu verschaffen. Anfang

Oktober wurden erste Elemente, die ein solches Abkommen beinhalten soll, zur Diskussion vorgelegt.

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und sozialen Bewegungen ist CEDIB in der [„Globalen Kampagne gegen Straflosigkeit von Unternehmen“](#) aktiv, die sich für ein möglichst wirkungsvolles Abkommen einsetzt.

Gemeinsam rufen die Organisationen derzeit mit einer [Online-Petition](#) die aktuelle und zukünftige österreichische Bundesregierung auf, sich aktiv und konstruktiv in den UN-Prozess für ein Konzern-Abkommen einzubringen:

Marco Gandarillas ist Soziologe, Sozialforscher und Direktor des Zentrums für Dokumentation und Information Bolivien (CEDIB). Ziel von CEDIB ist die Förderung von politischer Partizipation sowie sozialen und politischen Veränderungsprozessen durch Forschungs – und Informationsarbeit. Inhaltlich befasst sich CEDIB v.a. mit den Themen strategische Ressourcen, urbaner Raum und Förderung von Demokratie. www.cedib.org

Informationen zum UN-Prozess :
http://www.dka.at/fileadmin/dk/02_schwerpunkte/Kurzinfo_Treaty_Prozess_DKA_e_a_2017.pdf

Rückfragen: Christian Herret, Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar, +43 676 880 11 1071, christian.herret@dka.at

Lesung: „Die Rache der

Mercedes Lima“, 21. September in Wien

Am „Internationalen Tag des Friedens“ der Vereinten Nationen am [21. September](#) 2017 wird der Journalist und Schriftsteller Arnoldo Gálvez Suárez, im Gespräch mit Ilija Trojanow seinen jüngsten Roman „Die Rache der Mercedes Lima“ im C3-Centrum für Internationale Entwicklung vorstellen.

Arnoldo Gálvez Suárez, geboren 1982 in Guatemala-Stadt, gilt als eine der wichtigsten jungen Stimmen Zentralamerikas. Sein Debütroman „Los Jueces“ (2008) wurde mit dem „Mario Monteforte Toledo Prize for Fiction“ ausgezeichnet. Der vorliegende Roman – sein erster ins Deutsche übersetzter – erhielt 2015 den „BAM Letras Prize for Fiction“.

Das literarische Schreiben brachte ihn auch zum Journalismus, zu einer Zeit da die digitalen Medien in Zentralamerika profunde Recherchen und essayistische journalistische Texte förderten. Diese Entwicklung ermöglichte JournalistInnen eine Pressefreiheit und Unabhängigkeit, die sie in den traditionellen Redaktionen der Printmedien ihrer Länder nicht vorfanden. So entstand beispielsweise über mehrere Monate eine Chronik über das Leben im Gefängnis in Guatemala, die die rezente Geschichte des Landes beleuchtete und Einblick in die Machtspiele der Politiker bot.

<https://www.plazapublica.com.gt/content/el-circulo-rojo-i>

Seit 2011 lehrt der Journalist nun am Department für Journalismus an der *Universidad* Rafael Landívar und koordiniert von Guatemala aus das Kommunikationsteam der NGO interpeace, einer unabhängigen internationalen Organisation für Friedensarbeit mit Sitz in Genf, die sich der Aufgabe widmet in rund 20 Ländern friedensbildende Maßnahmen zu lancieren.

http://www.interpeace.org/wp-content/uploads/2015/11/2015_10_F

[our_Perspectives_Resilience_Guatemala.pdf](#)

Zur Buchpräsentation (...)

http://www.centrum3.at/veranstaltungscentrum/veranstaltungskalender/detail/?tx_kbeventboard_pi1%5Bevt%5D=188

Venezuela: Which side are you on ... ?

Aus Venezuela berichtet **Leo Gabriel** (*Journalist, Sozialanthropologe*) und internationaler Wahlbeobachter bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (ANC) im August 2017 in Venezuela:

Freitag, 8, September, 18 Uhr
Gußhausstraße 14/3 , 1040 Wien

Venezuela polarisiert: das Venezuela der Arbeiterviertel und ländlichen Unterschichten hält trotz Inflation und Versorgungsengpässen der Regierung von Chavez-Nachfolger Nicolas Maduro die Stange. Das Venezuela der Mittel- und Oberschichten mobilisiert kompromisslos dagegen. Der Tod der charismatischen Symbolfigur Hugo Chavez 2013, die seit 2014 stark rückläufigen Erdöleinnahmen, der oppositionelle Sieg bei den Parlamentswahlen 2015 und zuletzt auch der neue US-Präsident Trump haben den Regierungsgegnern den Rücken gestärkt.

Im Juli organisierte das Oppositionsbündnis "Tisch der Demokratischen Einheit" (MUD) eine inoffizielle Volksabstimmung und reklamierte sieben Millionen Stimmen gegen die Regierung Maduro. Im August folgten nach offiziellen

Angaben acht Millionen dem Aufruf der Regierung eine neue Verfassunggebende Versammlung zu wählen. Für das bolivarianische Venezuela eine Chance auf mehr partizipative Demokratie, für das anti-bolivarianische Lager ein totalitaristischer Putsch gegen das oppositionell dominierte Parlament.

Bis in die Linke reicht heute diese Polarisierung: der "kritischen Chavismus" sieht den bolivarianischen Prozess durch eine neue korrupte Regierungselite verraten und gefährdet, andere Teile der Bewegung mahnen zur Einheit angesichts der Drohung einer US-gestützten Rückabwicklung der sozialen Errungenschaften der letzten 18 Jahre.

Die Einseitigkeit der heimischen Medienlandschaft macht eine Diskussion auf Grundlage aktueller Beobachtungen vor Ort unerlässlich – besonders für jene, die den sozialen Aufbruch in Venezuela über viele Jahre solidarisch beobachtet und begleitet haben.

Venezuela vor Wahl der verfassunggebenden Versammlung

Caracas. In Venezuela bereiten sich Vertreter von Regierung und Opposition auf die Wahl einer neuen verfassunggebenden Versammlung am Sonntag vor. Die Opposition, die das Vorhaben vehement ablehnt, hat "Aktionen des zivilen Ungehorsams" und einen neuen Streik angekündigt, berichtet heute das Lateinamerika-Portal [amerika21](#). Diplomatische Vertretungen ausländischer Staaten und venezolanische Sicherheitskräfte bereiten sich auf eine Eskalation der Situation vor. Zu

entsprechenden Schritten trägt auch der Umstand bei, dass in dieser Woche Destabilisierungspläne des US-Auslandsgeheimdienstes CIA gegen Venezuela publik wurden. Unklar ist indes, ob hinter verschlossenen Türen laufende Verhandlungen zwischen Vertretern beider politischer Lager in letzter Minute Erfolg haben könnten.

Die deutsche Botschaft in Caracas verwies in einer Rundmail an Bundesbürger in dem südamerikanischen Land auf "Demonstrationen und Straßensperren sowie neue Aktionen des Oppositionsbündnisses MUD: für den 26. und 27. Juli einen Streik, gefolgt von der Einnahme Caracas' am 28. Juli." An den Folgetagen seien weitere Aktionen möglich. "Ich möchte Sie daher im direkten Anschluss an die Mail von Botschafter Herzberg vor wenigen Tagen noch einmal bitten, in dieser Zeit und darüber hinaus äußerste Vorsicht walten zu lassen und sich von großen Menschenansammlungen fern zu halten", heißt es in dem Rundschreiben. Auch die vielerorts errichteten Straßensperren "können Gefahren bergen". Deutsche Bundesbürger seien aufgefordert, sich bei der Botschaft registrieren zu lassen, so amerika21. "Bitte überprüfen Sie noch einmal Ihre Vorräte an Lebensmitteln und Wasser, aber auch an Medikamenten, Benzin, Batterien etc.", heißt es in der Mitteilung weiterhin.

Derweil schloss sich der Unternehmerverband Fedecámaras dem Streikaufruf der Opposition an. Einen in der vergangenen Woche deklarierten Generalstreik der Regierungsgegner hatte der Verband nicht unterstützt.

Die vollständige Meldung des Lateinamerika-Portals amerika21 finden Sie heute unter:
<https://amerika21.de/2017/07/181192/venezuela-verfassung-wahl>

Fortbildung für JournalistInnen: IT-Produktion – Bugs in the System

Mittwoch, 28. Juni, 14 – 17 Uhr
fjum, Karl-Farkas-Gasse 18, 1030 Wien

PROGRAMM

mit Héctor Córdova (Fundación Jubileo, Bolivien), Jaime Caichoca (CEPA, Bolivien), Sophia So (SACOM, Hong Kong), Marieta Kaufmann (Netzwerk Soziale Verantwortung, Österreich), Helmut Spudich (T-Mobile, Fairphone-Vertreter, angefragt)

Handy, Laptop und Co. sind aus unserem Alltag nicht wegzudenken. Die Produktpalette an High-Tech-Geräten ist immens, die Entscheidung zum Kauf fällt oftmals schwer. Doch wie sieht es aus mit den Produktionsbedingungen in der IT-Branche? Welche Rohstoffe werden wo abgebaut, wer sind die Menschen, die diese Geräte herstellen? Wie sehen ihre Arbeitsbedingungen aus?

Unsere Gäste aus Bolivien und China gewähren Einblicke in die Herstellungsbedingungen von IT-Produkten vor Ort und erklären, welche sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Wirtschaftszweig in ihren Ländern hat. Wir diskutieren über Möglichkeiten der Rohstoffpolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Und zeigen Möglichkeiten auf zu einem nachhaltigen Umgang mit Handy, Laptop und Co.

14:00 UHR: FORUM-TALK

- Bolivien: Abbau von Rohstoffen, Arbeitsbedingungen, soziale und ökologische Auswirkungen (Héctor Córdova, Jaime Caichoca)

- China: Arbeitsbedingungen in der IT-Produktion (Sophia So)
- Verantwortung und Handlungsoptionen in Europa (Marieta Kaufmann)
- Was tun? Faire Alternativen & Nachhaltiger Umgang mit IT-Produkten (Helmut Spudich)

15:00 UHR: STATION-TALKS – VERTIEFENDE GESPRÄCHE MIT DEN EXPERTINNEN IN THEMENGRUPPEN

Zusätzlich zu den o.a. ExpertInnen:

- Stefan Brand, Fairphoners Austria
- Herbert Wasserbauer, DKA – Hilfswerk der Katholischen Jungschar
- Konrad Rehling, Südwind

16:30 UHR: ABSCHLUSSRUNDE UND Q&A

Moderation: Matthias Haberl (Südwind)

ANMELDUNG: matthias.koetter@nesove.at

Im Anschluss an die Veranstaltung haben Sie die Möglichkeit für **Einzelinterviews** mit den anwesenden Expertinnen und Experten.

Es gibt Übersetzungen aus dem Englischen und Spanischen.

Eine Veranstaltung von fjum_forum journalismus und medien, **ISJE**, T-Mobile und der AG Rohstoffe. Diese Veranstaltung findet im Rahmen einer Schwerpunktwoche "Rohstoffe der Digitalisierung" statt.

Die Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe wird von Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar, Finance & Trade Watch, GLOBAL 2000, dem Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) und Südwind gebildet.

Interviewmöglichkeiten: „Landraub, Vertreibung und indigener Widerstand“ Vortrag mit Ládio Veron aus Brasilien

Ládio Veron, Vertreter der indigenen Gruppe der Guarani-Kaiowá aus Brasilien, berichtet am Donnerstag, den 18. Mai um 19:00 Uhr im Kulturzentrum Amerlinghaus aus erster Hand über die lebensbedrohliche Situation seines Volkes in Mato Grosso do Sul. Im Vorfeld steht er für Einzelinterviews zur Verfügung.

Für die Guarani-Kaiowá ist Land der Ursprung allen Lebens. Um für Viehweiden, Soja- und Zuckerrohrplantagen Platz zu schaffen, wurden sie im Laufe der letzten Jahrzehnte sukzessive und gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Große Landstriche und ihre Nutzungsrechte wurden verkauft und verteilt, gerade so als ob das Land seit jeher völlig unbewohnt wäre. Für die Guarani-Kaiowá ist dies eine Politik der Vernichtung.

Zählte man in Brasilien 1953 noch drei Millionen Guarani-Kaiowá die überwiegend im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul leben, sind es heute nur noch 45.000. Heute leben sie entweder in notdürftigen Camps, aber auch in Gebieten, die ihnen vom Staat zugesichert wurden. Allerdings werden sie aus letzteren zunehmend wieder vertrieben – Bedrohungen, Gewalt und Morde stehen auf der Tagesordnung.

Ládio Veron wird im Rahmen einer europaweiten Solidaritätsreise Station in Wien machen, um aus erster Hand über die dramatische Situation seines Volkes sowie über Unterstützungsmöglichkeiten zu berichten.

„Landraub, Vertreibung und indigener Widerstand“

Vortrag mit Ládio Veron

Termin: Donnerstag, 18. Mai 2017, 19:00 Uhr

Ort: Kulturzentrum Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Moderation: Susanne Eisenhut

Eine Veranstaltung von Südwind Wien, ÖBV-Via Campesina Austria/Österreichische Berg-und Kleinbäuer_innen Vereinigung, SambaAttac, Kulturzentrum Amerlinghaus und InExActArt.

Weitere Österreichtermine:

Montag, 15. Mai, 19:00 Uhr: Innsbruck, Foyer der Nord-Süd-Bibliothek, Leopoldstraße 2/1

Dienstag, 16. Mai, 19:00 Uhr: Graz, Afro-Asiatisches Institut, Leechgasse 22-24

Einzelinterviews:

Am 18. Mai von 14.00 – 16.00 Uhr steht Ládio Veron für Einzelinterviews zur Verfügung. Das Interview findet auf Portugiesisch statt und wird von Herrn Jordi Ferre ins Englische übersetzt. Sagen Sie bitte Bescheid, falls Sie eine Übersetzung ins Deutsche brauchen! Anmeldung der Interviews bei untenstehendem Kontakt.

Hintergrundinformation

[Download hier](#)

Aktuelles Interview mit Ládio Veron zur freien Verwendung

[Download hier](#)

Bildmaterial:

[Druckfähiges Foto von Ládio Veron zum Download](#)

Für Rückfragen:

Mag. Doris Berghammer

Tel.: 01 405 55 15 327

E-Mail: doris.berghammer@suedwind.at

www.suedwind.at/wien

Mag. Dr. Birgit Fritz

Tel.: 0699 182 05 926

E-Mail: birgit.fritz@univie.ac.at

<http://www.birgitfritz.net>

Guatemala: Einsatz für global Gerechtigkeit – ExpertInnen zu Gast in Wien

MUT.MACHT.GESELLSCHAFT

**Menschenrechtsaktivisten Hilda Elizabeth Cabrera López und
Elvis Santiago Morales Sican zu Gast in Wien:**

Buchpräsentation und Diskussion: DAS WEIBLICHE GESICHT DES
WIDERSTANDS – Der Kampf indigener Aktivistinnen gegen
Unterdrückung und Gewalt in Guatemala, am 26. April 2017, 19h
im Afro-Asiatischen-Institut ([Einladung](#))

Interviewmöglichkeiten mit den beiden Gästen in Wien von 24. –
30. April 2017 in Wien. Kontakt: wien@welthaus.at, +43 (676)
491 8562 ([Info zu den Gästen](#))

Hilda Elizabeth Cabrera López lebt in Guatemala
Stadt und ist die Programmkoordinatorin von MIRIAM-Guatemala,
einer Organisation zur Förderung der Aus-, Fach-, und
Weiterbildung von insbesondere indigenen Frauen. Sie ist
Soziologin und war selbst Stipendiatin von MIRIAM. Sie gibt
Workshops zur Mediation von Konflikten in Gemeinden. Denn in
Guatemala haben sich das Schweigen und die
Angst als Überlebensstrategie durchgesetzt und um den
Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen muss gemeinsam
gehandelt und zum Umdenken bewegt werden. Bildung ist für
junge indigene Frauen ein Weg, um ihren Lebensweg selbst zu

bestimmen. Beratung und Begleitung zur Bewältigung von Gewalterfahrungen und die gleichzeitige Stärkung durch den Rückhalt der Gruppe und das Reflektieren des eigenen Lebensprojekts ergänzen ihre Arbeit.

Elvis Santiago Morales Sican, aus San Lucas Tolimán, Guatemala, ist für die Beratung und Begleitung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zuständig. Als Agraringenieur ist er überzeugt, dass der Erhalt alten Wissens und traditioneller Praktiken in der Landwirtschaft eine Lösung für die anhaltende Armut und Unterernährung am Land ist. „Denn“, so Elvis Morales, „wir wurden geschaffen um glücklich zu sein.“ Das „Bauern und Bäuerinnen-Komitee des Hochlands“, kurz CCDA, ist Vorreiter der Biolandwirtschaft und des Ökotourismus in der Region. Von Kursen in ökologischer und biodynamischer Landwirtschaft bis hin zum

Widerstand gegen die aktuelle Bergbau-Politik basieren alle Themen der Organisation auf dem Konzept des Guten Lebens. (Buen Vivir)